

Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph M.

Working Paper

Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2007-01

Provided in Cooperation with:
Ordnungspolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph M. (2007) : Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2007-01, Ordnungspolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/55407>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph M.

**Die Krise der Ordnungspolitik
als Kommunikationskrise**

Diskurs 2007 – 1

Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph M.

Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise

Abstract

The conception of economic order policy (in German: Ordnungspolitik) has been the theoretical foundation of the "Social Market Economy" in Germany after World War II. But nowadays, the conception of „Ordnungspolitik“ is in a fundamental crisis. It has been removed by Keynesian conceptions or still an arbitrariness of economic policy. Currently, while in Germany growth rates increase there is taken less and less notice of the necessity of fundamental changes in economic policy.

In contrast, the current crisis of economic order policy is surprising. The collapse of central planned economies in Eastern Europe as well as the crisis of developing countries in Southeast Asia has allowed market ideas to appear as a clear winner in the competition of economic ideas. Many former transformation countries in central and Eastern Europe are nowadays rising dynamic market economies. Other countries of the world have already successfully reformed their overloaded welfare states, with only Germany seeming to face insurmountable obstacles.

The current crisis of order policy is also of communication. In the end the discussion on order policy as main economic policy has been replaced by the contraposition of "neo-liberal" and "globalization-critical" conceptions. However, the crisis of order policy is at least partly also a crisis of communicating order policy positions. This fact refers both to the science, where regulatory-political teachings and research were consistently pushed back without resistance, and also to the policy, where basic principles of economic order policy became nearly insignificant.

It is however the inability of German politicians and scientist to make clear economic order policy which keeps Germany imprisoned in its stagnation. To improve the position of the conception of economic order policy – or in other words of "Social Market Economy" – the authors demand a better manifestation of these conceptions via internet. As a first step they created the "Ordnungspolitisches Portal".

Keywords:

Economic Order Policy, Social Market Economy, Germany

PD Dr. habil. Bernhard Seliger, Prof. Dr. Ralph Wrobel, Westsächsische Hochschule Zwickau, Postfach 20 10 37, 08012 Zwickau, Deutschland.

Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph M.

Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise

Deutschland in der ordnungspolitischen Krise

Nachdem Deutschland jahrelang innerhalb Europas die „rote Laterne“ des Schlusslichtes trug, befindet sich das Land seit kurzem in einer erfreulichen konjunkturellen Aufschwungphase. Das sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass weiterhin eine fundamentale ordnungspolitische Krise in Deutschland besteht. So besteht trotz konjunktureller Erholung eine hohe, persistente Arbeitslosigkeit. An der langfristigen Tendenz scheint auch der konjunkturelle Aufschwung der neuesten Zeit nur wenig zu ändern. Doch nicht nur die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik Deutschlands sind seit Jahren unbefriedigend, sondern auch die Beliebigkeit der dahinter stehenden Wirtschaftspolitik, egal von welcher Partei initiiert. Die in Deutschland traditionelle Ordnungspolitik hat nicht nur ihren Stellenwert bei der Politikgestaltung in Deutschland verloren, sondern wird auch immer weniger verstanden oder überhaupt wahrgenommen. So verwundert es nicht, wenn die ordnungspolitische Diskussion seit einigen Jahren mehr und mehr von der schlagwortartigen Gegenüberstellung „neoliberaler“ und „globalisierungskritischer“ oder „sozial gerechter“ Rezepte abgelöst wird.

Die Krise der Ordnungspolitik ist somit teilweise auch eine Krise der Kommunikation ordnungspolitischer Positionen. In der Wissenschaft wurde die ordnungspolitische Lehre und Forschung konsequent zurückgedrängt, ließ dies aber auch fast widerstandslos geschehen. Auch in der Politik sind ordnungspolitische Grundprinzipien fast ebenso bedeutungslos geworden. Dies ist umso erstaunlicher, als dass eigentlich bedeutende Ereignisse der letzten Jahrzehnte - wie der Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas sowie die Krise der durch Interventionismus gekennzeichneten Entwicklungsstaaten Südostasiens - die marktwirtschaftliche Idee als klaren Sieger im Praxiswettbewerb erscheinen ließen. Ordnungspolitische Krisen und Fehlentwicklungen sind zwar nicht neu: von der „Politik der Experimente“ in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts über keynesianisch geprägte Makrosteuerungsideen bis hin zur aktiven Industriepolitik der EU hat es immer wieder Ent-

wicklungen gegeben, die den ordnungspolitischen Einsichten vom Funktionieren der Wirtschaft für unvollkommene Menschen klar widersprechen¹. Auf jede dieser Krisen wurde eine neue und andere Antwort gefunden – Sprachlosigkeit ist jedoch bisher das entscheidende Kennzeichen der aktuellen ordnungspolitischen Krise.

Angesichts der großen ordnungspolitischen Tradition Deutschlands ist eine solche Entwicklung unbegreiflich. Gerade heute, angesichts der krisenhaften Entwicklung, die seit der Wiedervereinigung Deutschlands die wirtschaftliche Dynamik zum Erliegen gebracht hat, wäre eine Renaissance der Ordnungspolitik wünschenswert – ja sogar notwendig! Deshalb besteht immer mehr die Notwendigkeit, Gegenpositionen zur immer mehr um sich greifenden „Wirtschaftspolitik der Konzeptlosigkeit“ zu entwickeln, die auf den Erkenntnissen der traditionellen Ordnungspolitik beruhen. Dies geschieht in der deutschen Medienlandschaft – egal ob wissenschaftlich oder nicht – leider nur sehr selten². Ein weiterer (moderner) Weg, solche Kenntnisse zu verbreiten, ist das Internet. Das Internet ist als Transporteur von Ideen immer wichtiger geworden und ist sogar dabei, steigenden Einfluss auf aktuelle politische Debatten auszuüben. Als Kommunikationsmittel der jüngeren Generation von Studenten und Ökonomen ist es ein ideales Mittel, die Ordnungspolitik einer neuen Generation nahe zu bringen. In diesem Aufsatz wird deshalb untersucht, inwieweit die ordnungspolitische Krise eine Krise der Kommunikation ordnungspolitischer Positionen ist, und wie das Internet einen Beitrag zur Lösung der Krise leisten kann.

Die Krise der Ordnungspolitik

Deutschland ist bei den Bestandsgrößen inzwischen immer mehr ins Mittelmaß abrutscht³. Eine volle Dekade befand sich das Land in einer Stagnationsphase, die durch niedrige Wachstumsraten, kontinuierlich steigende Staatsverschuldung, immer größer werdende Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme und vor allem persistente Arbeitslosigkeit dargestellt werden kann.⁴ Es wurde bereits regulär von der „deutschen Krankheit“⁵ bzw. im Ausland von „*German disease*“⁶ gesprochen.

¹ Vgl. dazu Wede (2003).

² So findet man umfangreichere ordnungspolitische Positionen neben dem Jahrbuch ORDO lediglich in der Zeitschrift für Wirtschaftspolitik oder den Orientierungen der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.

³ Vgl. z.B. OECD (2005).

⁴ Vgl. dazu z.B. Seliger (2001).

⁵ Vgl. z.B. Starbatty (1997) oder Späth (2004).

Spätestens seit dem Ende der „*New Economy*“-Blase können die Strukturprobleme Deutschlands immer weniger verborgen werden. Viele dieser Probleme sind freilich nicht nur ein Produkt des letzten Jahrzehnts - die strukturelle Arbeitslosigkeit nimmt schon seit drei Jahrzehnten kontinuierlich zu. Die Kosten der Wiedervereinigung Deutschlands waren in vieler Hinsicht nur ein Katalysator, der diese Probleme offen gelegt hat. Die Debatte um die „rote Laterne“⁷ Deutschlands bringt somit nur auf den publizistisch zugespitzten Punkt, was unter Ökonomen längst Allgemeingut geworden ist, nämlich die Fehlentwicklungen der sozialen Marktwirtschaft aufgrund polit-ökonomischer Zusammenhänge.⁸ Dies betraf gleichermaßen die verschiedenen Teilordnungen und Märkte in Deutschland. Die Fehlentwicklungen bei den Sozialversicherungen und auf dem Arbeitsmarkt waren aber die politisch und wirtschaftlich schmerzhaftesten. Die soziale Marktwirtschaft konnte gerade hier, auf ihrem ureigensten Feld, immer weniger ihre Aufgaben erfüllen⁹. Auch die aktuellen Reformen der Großen Koalition im Sozialversicherungsbereich zeichnen sich durch eine immer weiter zunehmende Bürokratisierung und Zentralisierung aus. Marktwirtschaftliche Ansätze – von der Wissenschaft seit langem vorgelegt – werden bis heute aus partei- und machtpolitischen Erwägungen heraus beiseite geschoben. Die Höhe der Staatsausgaben bleibt zudem gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Vergleich zu den anderen Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion konstant auf dem hohen Niveau der Phase nach der Wiedervereinigung und hemmt so Wachstumschancen im privaten Sektor.¹⁰ Heute sind fiskalische Ziele ganz in den Mittelpunkt der Arbeit der Großen Koalition gerückt. Zwar erfüllt Deutschland wieder den Stabilitätspakt der Europäischen Union, die Neuverschuldung sinkt aber nicht etwa aufgrund struktureller Reformen, sondern lediglich wegen einer konjunkturellen Erholung sowie weitgehender Steuererhöhungen. Ironischerweise korreliert die Höhe der Staatsausgaben dabei seit Jahren nicht etwa mit größeren Gestaltungsspielräumen der Politik.

Weniger wurde – und wird bis heute - in der Öffentlichkeit beachtet, dass mit der geringeren wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland ein Stilverfall der Marktwirtschaft einherging, der - zunächst im Gefolge der deutschen Einheit - stillschweigend in Kauf genommen, später aber, besonders seit 1998, durch organisatorische Änderungen

⁶ Vgl. z.B. Wall Street Journal (2005).

⁷ Vgl. z.B. Sinn (2002).

⁸ Vgl. Starbatty (1997).

⁹ Vgl. Hasse (1996).

¹⁰ Vgl. dazu bereits Boss (2002).

sogar bewusst vorangetrieben wurde. Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung in das Finanzministerium konnte schon ohne größere Proteste erfolgen. Es gelang immer weniger, Grundverständnis und praktische Politik miteinander zu verbinden. „Verstöße gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft sind dagegen zur Regel geworden“¹¹. Am Anfang der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, als diese Prinzipien durchaus umkämpfte Leitlinien der Politik waren, war das Hauptaugenmerk der wirtschaftspolitischen Tätigkeit des Staates auf die Verabschiedung universaler, langlebiger Gesetze gerichtet. Diese Orientierung ist längst für eine Vielzahl kurzlebiger Maßnahmengesetze und Verordnungen aufgegeben worden.¹² Dem Kriterium der Konstanz der Wirtschaftspolitik, einem der Eucken'schen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft entspricht eine solche Politik immer weniger.

Politisch-ökonomisch gesehen sind die Gründe für den Stilverfall der Marktwirtschaft nicht unbedingt neu oder überraschend: Im Sinne Olsons (1982) kommt es in Deutschland, nachdem seit dem zweiten Weltkrieg zunächst die Verteilungskoalitionen der Vorkriegszeit zerstört waren, zu einem allmählichen Anwachsen solcher Interessenkoalitionen, die nach und nach das Wachstumspotenzial verringern. Die unbeschränkte Demokratie führt nicht zu einer „Verfassung der Freiheit“ (Hayek 1971), sondern zu einer Maximierung der Leistungsversprechen an den Bürger auf Kosten Dritter, d.h. der Steuerzahler. Zwar hat der institutionelle Wettbewerb, ausgehend von der Deregulierungsbewegung in den angelsächsischen Ländern und forciert durch die Globalisierung, auch zu einer Beschränkung von Umverteilungskoalitionen in Deutschland geführt, aber die Harmonisierung sozialer Regulierung im „Harmonisierungskartell“ EU¹³ hat den Druck zu Reformen deutlich gemildert. Ganz konnte sich Deutschland natürlich nicht isolieren, und der wachsende Druck in Arbeitsmarkt und Sozialbereich sind ein logisches Ergebnis der Reformverweigerung. Die seit einigen Jahren unter dem Begriff „Hartz-Reformen“ bekannten Änderungen stellen zwar insofern einen Fortschritt dar, als dass viele Probleme zum ersten Mal überhaupt angesprochen werden, sind aber mehr von der Machbarkeit als von einer ordnungspolitischen Grundlinie her bestimmt.

Bewusste Regelverstöße gegen volkswirtschaftlichen Rat werden auch weiterhin als Pragmatismus gegenüber der „Orthodoxie“ der Ökonomen salonfähig. Die jahrelange Krise wird, obwohl sie gerade durch die Ignorierung volkswirtschaftlichen Rats ent-

¹¹ Schatz (2002), S. 37.

¹² Vgl. Lambsdorff (2004).

¹³ Vgl. Mussler/Wohlgemuth (1995), S. 23-24, oder Wrobel (2000), S. 116-124.

standen ist, als Beweis dafür angeführt, dass die Rezepte der Ökonomen nichts taugen und deshalb ein solcher Pragmatismus angebracht sei. Die nun schon langjährige Einigkeit der meisten Ökonomen über die strukturellen Gründe der deutschen Krankheit muss deshalb - gerade im Zusammenhang mit der Reformunwilligkeit des Staates - zu einer Debatte über die Rolle wirtschaftspolitischer Beratung in Deutschland führen. Dabei kann man mit Neid in die Vereinigten Staaten schauen, wo sich nicht nur „*Think tanks*“ einer größeren Reputation als in Deutschland erfreuen, sondern auch entscheidend für die Formulierung der Politik der Regierung sind. Zwar ist in Deutschland die Auslagerung von Problemen in Expertenkommissionen weit verbreitet, diese haben aber einen weitaus weniger guten Zugang zur Politik. Außerdem leiden sie immer wieder darunter, dass - wohlmöglich noch in ihrem Namen - eine ihren Empfehlungen entgegen gesetzte Politik durchgeführt wird. Ohnehin sind in Deutschland bestenfalls verwässerte Versionen von wirtschaftspolitischen Reformkonzepten politisch durchsetzbar. Als ein Grund dafür wird angeführt, dass die Wissenschaftler oft gemeinwohlorientierte Lösungsvorschläge anbieten, während Politiker, so wie es die Neue Politische Ökonomie auch voraussagen würde, an wahlwirksamen Konzepten interessiert sind.¹⁴

Die Krise der Ordnungstheorie

Besteht die Krise der Ordnungspolitik aber nur im politischen Bereich? Ist sie also lediglich eine Krise der „Umsetzung“ ordnungspolitischer Positionen? Sicherlich hat auf Dauer ein Dualismus von einerseits „reiner“, aber wirkungsloser Wissenschaft und andererseits „pragmatischer“ Politik auch Rückwirkungen auf die Wirtschaftswissenschaften selber. Es ist demnach zu vermuten, dass es von einem „bloßen“ Umsetzungsproblem auch zu einem Erkenntnisproblem kommen kann. Dabei ist weniger an die „üblichen Verdächtigen“ wie die keynesianisch geprägten Wissenschaftler gedacht, sondern daran, dass die ordnungspolitische Tradition an den Universitäten selber als rückständig oder hinderlich gesehen wird, bestenfalls als Folklore, aber nicht mehr als Maßstab moderner Wirtschaftspolitik.¹⁵

Als Walter Eucken seine große ordnungspolitische Schrift schrieb, konnte er sie, ohne Verständnisprobleme zu befürchten, die „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ nennen, da Wirtschaftspolitik für ihn eben Wirtschaftsordnungspolitik war, d.h. zwischen

¹⁴ Vgl. dazu z.B. Hayek (1971), S. 323-338, oder Cassel (2001).

¹⁵ Vgl. dazu z.B. Fuest (2006).

beiden kein Gegensatz bestand. Diese Interpretation der Wirtschaftspolitik konnte sich im Folgenden in Deutschland akademisch durchsetzen, nicht zuletzt wegen der Erfolge der praktischen Wirtschaftspolitik unter Ludwig Erhard. Diese bezog sich ja explizit auf die ordnungstheoretischen Modelle der Freiburger Schule, welche der Mehrheitsmeinung der zeitgenössischen amerikanischen Ökonomen gerade nicht entsprach. Der Siegeszug des Keynesianismus brachte die Unterteilung in Ordnungspolitik und Konjunkturpolitik auch nach Deutschland, wo das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 sowie die parallel dazu verlaufende Einrichtung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Ausfluss dieses neuen Verständnisses wurden. Dennoch konnte sich in Deutschland, nicht zuletzt in universitären Zentren wie Köln und Freiburg, aber auch anderswo, stets eine starke ordnungspolitische Grundrichtung behaupten, auch in den wirtschaftspolitischen Forschungsinstituten, d.h. in der wissenschaftlichen Politikberatung.

Die theoretischen Entwicklungen in den USA und weltweit schienen dem Festhalten an der ordnungspolitischen Grundeinstellung auch mehr und mehr Recht zu geben: Seit den fünfziger Jahren war es die Neue Politische Ökonomie, die, vom Fundament der neoklassischen Theorie ausgehend, dennoch mit der Reinterpretation politischen Handels als eigennützigem Handeln die Grundlagen der vorherrschenden keynesianischen wie auch der neoklassischen Wohlfahrtsökonomie untergrub. Die Neue Institutionenökonomie, die vor allem im Bezug auf das Werk von F.A. von Hayek eine weitaus engere Anbindung an die deutschsprachige ordnungspolitische Tradition hatte, verstärkte die Kritik an der Wohlfahrtsökonomie noch. Sie hatte auch einen großen Einfluss auf politische Konzepte, nämlich in der Deregulierungspolitik in den angelsächsischen Ländern seit Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Der Epochenbruch von 1989 und 1990 verstärkte vordergründig noch die Aufwertung der ordnungspolitischen Tradition, die ja von jeher eine zentrale Aufgabe im wirtschaftspolitischen Systemvergleich gesehen hatte.

Während jedoch der Keynesianismus im wesentlichen theoretisch wie auch praktisch durch die Erfahrungen der Hochinflationsperioden in den siebziger und achtziger Jahren diskreditiert war, gilt dies nicht für die neoklassische Theorie, die sogar nun als „Orthodoxie“ oder „*mainstream*“ in den USA unangefochten eine wissenschaftliche Monopolstellung einnehmen kann. Kann man aber bedenkenlos Poppers Vorstellung folgen, dass „die wissenschaftliche Kritik unsere Theorien oft an unserer

Stelle sterben (lässt)"¹⁶, also dass durch den evolutorischen Variations-Selektions-Mechanismus diejenigen Theorien eliminiert werden, die eine geringere Erklärungskraft haben? Sicherlich nicht, denn auch in der Wissenschaft gibt es Wettbewerbsbeschränkungen analog zum Konzept der „ruinösen Konkurrenz“.¹⁷ So hat die Neoklassik sich einerseits durch ein selbstreferentielles, mathematisches System von der Kritik insuliert, andererseits die kritischen, „heterodoxen“ Ansätze wie die Neue Institutionenökonomie in einer für sie akzeptablen Form, d.h. als Maximierungstheorie, als Spezialgebiet integriert.¹⁸ Die Fundamentalkritik am „homo oeconomicus“-Modell, wie sie von Hayek bis North geübt wurde¹⁹, wurde damit entschärft. Ähnlich wurden andere Randbereiche - wie z.B. die vergleichende Ordnungspolitik (*comparative economic systems*) - als Spezialgebiete akzeptiert, die in dieser Form mit ihrer Kritik keine Schäden am Fundament der neoklassischen Theorie anrichten konnten.

Symptomatisch ist dafür zum Beispiel auch das Verhältnis von Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften. Beide Fächer waren gleichermaßen wichtig für die Entwicklung der ordnungspolitischen Theorie, die ja im Wesentlichen eine „Theorie der Privatrechtsgesellschaft“ (Franz Böhm) war. Deshalb war die ordnungspolitische Theorie in Forschung und Lehre idealer Weise auch in einer staatswissenschaftlichen Fakultät angesiedelt, in der parallel Rechts- und Wirtschaftswissenschaften vertreten waren. Viele Ökonomen wie Friedrich August von Hayek waren zugleich juristisch ausgebildet. Heute sind beide Bereiche streng getrennt, in manchen Studienordnungen ist nicht einmal eine juristische Einführung für angehende Volkswirte vorgesehen. Das Überschneidungsgebiet von Recht und Wirtschaft wurde hingegen als *Law and economics* ein Spezialgebiet, das nun nicht mehr juristisches Grundwissen für Volkswirte bereitstellte, sondern (hauptsächlich mathematische) Maximierungsmodelle für die Anwendung im juristischen Bereich.

Die Übernahme einer immer weiter in Spezialgebiete zersplitterten Theorie führte auch in Deutschland zu einer Zurückdrängung der Ordnungspolitik als Grundlage der Wirtschaftspolitik. Hierbei soll ein Missverständnis gleich ausgeschlossen werden. Mit dieser Kritik geht es nicht um eine Kanonisierung Walter Euckens oder der Freiburger Schule oder etwa der deutschen ordnungspolitischen Tradition überhaupt. Theorien haben sich zu bewähren und müssen durch neue und modernere Ansätze

¹⁶ Popper (1984).

¹⁷ Vgl. Wrobel (2001), S. 238-240.

¹⁸ Vgl. dazu z.B. Lucke (2006).

¹⁹ Vgl. dazu Hayek (1969), oder North (1990), insbesondere S. 17-26.

herausgefordert werden. Dies geschieht aber gerade nicht, wenn Ordnungspolitik in Forschung und Lehre durch immer spezialisierte Teiltheorien ersetzt wird. An großen deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten taucht Ordnungspolitik heute als eigenständiges Fach in Forschung und Lehre kaum noch auf, wohl aber Teilbereiche wie Systemtransformation, komparative Wirtschaftsforschung etc.²⁰.

Die Neuausrichtung der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung und Forschung im Hinblick auf internationale Kompatibilität hat durchaus viel für sich: Studenten werden dadurch international bessere Chancen erhalten, Studienzeiten können durch die Aufteilung in mehr und weniger forschungsintensive Studiengänge bei einer gleichzeitigen Reform überfrachteter Examen reduziert werden, die Forschung profitiert vom internationalen Ideenwettbewerb ebenso wie die Lehre. Allerdings führt eine Aufteilung der Ordnungspolitik in Spezialgebiete dazu, dass kein Überblick mehr über ordnungspolitische Entwicklungen gegeben wird und damit auch keine ordnungspolitische Denkweise vermittelt werden kann. Während dies in der älteren Generation der Ökonomen noch kein Problem darstellt, da sie ja selber Teil des früheren ordnungspolitischen Konsenses sind, wird dies bei der nachwachsenden Generation der Ökonomen nicht mehr der Fall sein. Damit ist nicht nur die Ordnungspolitik vom Stilverfall gekennzeichnet, sondern auch die Ordnungstheorie hat ihre grundlegende Bedeutung verloren. Letztlich richten es sich damit beide Gruppen, Politiker und Wissenschaftler, gut ein: Die einen verweisen auf die vermeintliche Wirkungslosigkeit und Orientierungslosigkeit der Ökonomie und nehmen sie zum Anlass, ordnungspolitische Prinzipien nur noch als Prinzipienreiterei zu verstehen. Das hält sie nicht davon ab, sich weiterhin auf Ludwig Erhard zu berufen und sich sogar als Erben der Sozialen Marktwirtschaft zu verstehen. Die anderen, die Wissenschaftler, sind in ihrer theoretischen Nische durch mathematische Modelle abgesichert, haben aber dadurch die Option der Umsetzung ihrer Modelle in tatsächliche Wirtschaftspolitik verloren. Je weiter die Spezialisierung der Wissenschaftler geht, um so weniger wird dann der ordnungspolitische Überblick für die Politikberatung notwendig, weil dann Partialmodelle, abhängig von der Manipulation der Annahmen, jede staatliche Politik rechtfertigen können, nach dem Motto „*garbage in - garbage out*“.

²⁰ Vgl. z.B. die volkswirtschaftlichen Lehrstühle der Ludwig-Maximilians-Universität in München oder der Universität Konstanz. An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wurde der frühere Lehrstuhl für Ordnungspolitik beispielsweise für NIÖ und Innovationsökonomik umgewidmet, die nun nicht mehr als Teilbereiche der Ordnungspolitik verstanden werden können, sondern als Spezialisierungen innerhalb des volkswirtschaftlichen *Mainstreams*.

“*Winning the war of ideas*” – Ordnungspolitik im Internet

Bei der Frage, wie eine von ordnungspolitischen Prinzipien gesteuerte Wirtschaftspolitik wieder größere Beachtung finden kann, spielen sicherlich Lehre und Forschung in Universitäten und Instituten eine entscheidende Rolle. Doch dies ist, wie man ja am Stilverfall der Marktwirtschaft sehen kann, nicht genug. „*Winning the war of ideas*“ verlangt auch eine größere Wirksamkeit ordnungspolitischer Ideen in der Bevölkerung, d.h. eine breite ordnungspolitische Debatte. Wie wichtig dies bei der Umsetzung marktwirtschaftlicher Ideen in der Anfangsphase der Bundesrepublik war, zeigt sich in den häufigen Radiointerviews bzw. -beiträgen Erhards, die noch heute lesenswert sind²¹. Die Aufnahmefähigkeit für eine solche Politik war sicher damals groß, da die Erfahrungen mit Inflation, Kartellmacht und staatlichem Machtmissbrauch frisch waren. Sie prägten für Jahrzehnte entscheidend die deutsche Wirtschaftspolitik. Die kollektive Erinnerung an die Inflationen von 1923 und 1945 war auch eine nicht zu unterschätzende polit-ökonomische Determinante. Doch das natürliche Verblässen der Erfahrung in Zusammenhang mit dem jahrelangen Stilverfall hat diese Determinante zuletzt bedeutungslos werden lassen. Die unterschiedliche Einstellung zur Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern hat nach 1990 die Entfremdung von Grundkonzepten der Marktwirtschaft nochmals deutlich erhöht. Eine Renaissance der Marktwirtschaft muss also auch eine Wiederherstellung ihrer Akzeptanz bei der Bevölkerung bedeuten.

Es ist interessant zu sehen, dass die weltweite globalisierungskritische Bewegung einen entscheidenden Triebfaktor im Internet, z.B. in Internetforen bzw. -tagebüchern (*weblogging* oder *blogging*) gefunden hat. Während diese Bewegung in Deutschland erst am Anfang steht, hat sie anderswo schon wahlentscheidende Bedeutung gewonnen, so z.B. die Anti-Kerry-Kampagne der „*Swift Boat Veterans*“ in den USA. Dementsprechend bietet das Internet auch die Chance, gegen den *Mainstream* anzutreten. In diesem Informationsmarkt fehlt aber bisher weitgehend die ordnungspolitische Stimme. Um diesem Mangel abzuhelpen, ist auf Initiative der Autoren an der Westsächsischen Hochschule in Zwickau das „Ordnungspolitische Portal“ eingerichtet worden, in dem Argumente zur aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen genauso vertreten sind wie weiterführende und theoretische Abhandlungen. Allerdings ist damit zunächst nur ein erster Schritt getan, dem weitere folgen müssen. Das Internet kann sicher kein Ersatz für die wirtschaftspolitische Debatte in den Universitäten und

²¹ Vgl. Erhard (1962).

Forschungsinstituten, in der Tagespresse oder auf Konferenzen und Seminaren sein. Es kann aber ein wirkungsvolles Instrument sein, breitere Schichten für ordnungspolitische Debatten zu gewinnen und damit den Unterbau für eine auf Prinzipien der Ordnungspolitik basierende Wirtschaftspolitik wiederherzustellen.

Literatur:

Boss, Alfred (2002) "Schlusslicht Deutschland": was können die Unterschiede in der Finanzpolitik erklären?, Kieler Arbeitspapiere Nr. 1111, Kiel: Institut für Weltwirtschaft.

Cassel, Susanne (2001) Politikberatung und Politikerberatung: eine institutionenökonomische Analyse der wissenschaftlichen Beratung der Wirtschaftspolitik, Bern: Haupt.

Erhard, Ludwig (1962), Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf: Econ.

Fuest, Clemens (2006) Die Stellung der Ordnungspolitik in der Ökonomik, in: Wirtschaftsdienst, Bd. 86 (2006), Heft 1, S. 11-14.

Hasse, Rolf (1996) Eine Renaissance des wahrhaft Sozialen - Die praktizierte Sozial- und Tarifpolitik kann sich kaum mehr auf die Soziale Marktwirtschaft berufen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.9.1996, S. 18.

Hayek, Friedrich August von (1969) Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs, in: Freiburger Studien, Tübingen, S. 97-107.

--- (1971) Die Verfassung der Freiheit, Tübingen

Lambsdorff, Otto (2004) Ein ordnungspolitischer Aufbruch für Deutschland, Vortrag anlässlich der Verleihung der Hayek-Medaille in der Aula der Albert Ludwigs Universität, Freiburg, 25.6.2004, im Internet: www.hayek.de/docs/2004/Lambsdorff-Vortrag.pdf (Zugriff am 24.1.2005).

Lucke, Bernd (2006) Ablösung der Ordnungspolitik durch mathematische Methoden? in: Wirtschaftsdienst, Bd. 86 (2006), Heft 1, S. 7-10.

Mussler, W.; Wohlgemuth, M. (1995) Institutionen im Wettbewerb - Ordnungstheoretische Anmerkungen zum Systemwettbewerb in Europa, in: Peter Oberender; Manfred Streit (Hrsg.): Europas Arbeitsmärkte im Integrationsprozeß, Contributiones Jenensis Bd. 1, Baden-Baden, S. 9-45.

North, Douglas (1990) Institutions, institutional Change and economic performance, Cambridge.

OECD (2005) New GDP Comparisons based on Purchasing Power Parities for the Year 2002, Paris: OECD, im Internet: <http://www.oecd.org/dataoecd/32/62/34256773.pdf> (Zugriff am 24.1.2005).

Olson, Mancur (1982) The Rise and Decline of Nations, Cambridge (Mass.): Yale University Press.

Popper, Karl (1984) Objektive Erkenntnis - Ein evolutionärer Entwurf, Hoffmann und Campe, 4. Auflage.

Schatz, Klaus-Werner (2002) Über den Niedergang der Ordnungspolitik in Deutschland, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 91 (1/2002), S. 31-37.

Seliger, Bernhard (2001) Die Krise der sozialen Sicherung und die Globalisierung: politische Mythen und ordnungspolitische Wirklichkeit, in: Ordo: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 52, S. 215-238.

Sinn, Hans-Werner (2002) Die rote Laterne - Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen, in: ifo Schnelldienst, no. 55 (23), S. 3-32.

Späth, Lothar (2004) Die deutsche Krankheit, in: Handelsblatt, 23.11.2004.

Starbatty, Joachim (1997) Fehlentwicklungen der Sozialen Marktwirtschaft - ein Lehrstück in politischer Ökonomie, Beitrag zu der Tagung „Verlässliche Soziale Sicherung“, Frankfurt: Frankfurter Institut (Stiftung Marktwirtschaft und Politik), European Policy Forum.

Wall Street Journal (2005) The German Disease, 10.1.2005.

Weede, Erich (2003) Mensch, Markt und Staat. Plädoyer für eine Wirtschaftsordnung für unvollkommene Menschen, Stuttgart: Lucius und Lucius.

Wrobel, Ralph (2000) Estland und Europa: Die Bedeutung des Systemwettbewerbs für die Evolution und Transformation von Wirtschaftssystemen, Tartu.

Wrobel, Ralph (2001) Die Bedeutung der Komplexität ökonomischer Strukturen für die Wahl wirtschaftspolitischer Strategien, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 2001/2, S. 217 – 249.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de